

Pressehintergrundpapier 07.06.2018

Gute Ausbildung – ein Weg aus der Erzieher*innenkrise

Berlin braucht Erzieher*innen. Der Ausbau der Kindertagesstätten und der Ganztagsbetreuung an den Schulen sowie die Altersstruktur der Erzieher*innen führen nach Schätzungen der GEW BERLIN zu einem **Mehrbedarf an 8.500 zusätzlichen Erzieher*innen bis zum Jahr 2025.**

Als Reaktion auf den steigenden Bedarf hat der Senat die Ausbildungskapazitäten für Erzieher*innen massiv ausgebaut. Derzeit befinden sich rund **9.000 Studierende** an den Fachschulen für Sozialpädagogik in der Ausbildung zum*r Erzieher*in. Insgesamt ist die Zahl der Studierenden **alleine in den letzten 5 Jahren um ca. 2.000 Studierende angestiegen.**

43 Prozent der Studierenden absolvieren das Fachschulstudium berufsbegleitend in Teilzeit, also im Quereinstieg. Die Form der berufsbegleitenden Ausbildung sieht die GEW BERLIN lediglich als Hilfskonstruktion der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie an, um zügig fehlendes Personal zur Verfügung zu stellen. Von einer dualen Ausbildungsform ist dieses System weit entfernt; die Inhalte der Ausbildung und der Arbeitsstelle sind meist nicht abgestimmt. Viele Arbeitsverträge widersprechen arbeitsrechtlichen Mindeststandards. So ist es keine Seltenheit, dass Studierende auf Basis eines Mini-Jobs angestellt sind. Auch werden den Auszubildenden im Quereinstieg Möglichkeiten verwehrt, in verschiedenen Arbeitsfeldern Erfahrungen zu sammeln.

Der Ausbau der Ausbildungskapazitäten hat zu einem Wildwuchs an Fachschulen in freier Trägerschaft geführt. Deren **Zahl übersteigt die Zahl der staatlichen Schulen inzwischen um ein Vielfaches (Verhältnis ca. 6 zu 1).** Rund 3.200 Schüler*innen an staatlichen Fachschulen stehen etwa 5.700 Schüler*innen an Fachschulen in freier Trägerschaft gegenüber. Während das Fachkräftegebot in den Bildungseinrichtungen immer weiter ausgehöhlt wird, stellen wir auch beim expansiven Ausbau der Fachschulen für Sozialpädagogik erhebliche Qualitätsunterschiede fest.

Mit Sorge betrachtet die GEW BERLIN die Situation an den staatlichen Fachschulen, wo die Auszubildendenzahlen sinken und es Schwierigkeiten gibt, examinierte Lehrkräfte zu finden. Es wird sichtbar, dass bei der Überprüfung und Kontrolle der jeweiligen Schulformen mit zweierlei Maß gemessen wird: **Staatliche Fachschulen müssen teilweise zusätzlich Verantwortung für die Schulen in freier Trägerschaft übernehmen.** So dürfen ausschließlich Schulen in freier Trägerschaft Vorbereitungskurse für die Nichtschüler*innenprüfung anbieten, alleine die öffentlichen Schulen müssen die Organisation der Abschlussprüfungen übernehmen. **Für diese zusätzlichen Aufgaben der Organisation und Abnahme der Prüfungen werden keine zusätzlichen personellen Ressourcen bereitgestellt.**

In intensiven Gesprächen mit Kolleg*innen und Studierenden an den Fachschulen hat die GEW BERLIN Problemfelder beleuchtet und Lösungsvorschläge erarbeitet, die wir Ihnen auf den folgenden Seiten vorstellen möchten.

Erzieher*innenausbildung

Problemlage BAföG: Sehr viele Studierende der Fachschulen erhalten kein oder ein halbiertes BAföG, da die Berliner Fachschulen von den BAföG-Ämtern nicht als „echte“ Fachschulen anerkannt werden. Grund ist, dass an den Fachschulen auch Bewerber*innen ohne Berufsabschluss – mit Abitur oder Fachhochschulreife – aufgenommen werden.

- **Lösung:** Berlin muss verbindliche Regelungen schaffen und die BAföG-Ämter in die Lage versetzen, dass alle Studierenden an den Berliner Fachschulen für Sozialpädagogik förderungswürdig anerkannt werden.

Problemlage berufsbegleitende Ausbildung: Die Form der berufsbegleitenden Ausbildung wurde intensiv ausgeweitet, um insbesondere die Kitas schnell mit Personal zu versorgen. Die Studierenden haben einen **Arbeitsvertrag und einen Ausbildungsvertrag. Diese sind in der Regel nicht aufeinander abgestimmt.** Das birgt besondere Herausforderungen für die Studierenden. Sowohl für den Arbeitgeber als auch für die Ausbildungsstätte ergeben sich daraus überschneidende Forderungen. Die Studierenden können diesen vielfach nur durch Mehrarbeit gerecht werden, denn Lern- und Praxiszeiten überschneiden sich. Studierende werden **ab dem ersten Tag zu 100 Prozent auf den Personalschlüssel angerechnet.** Mit dem ersten Tag ihrer Arbeitsaufnahme stehen sie in voller Verantwortung vor den Kindern, den Kolleg*innen und den Eltern. Auch das führt zu Überforderung.

- **Lösung I:** Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sichert, dass die berufsbegleitende Ausbildung ein duales Studium wird, in dem es einen gemeinsam vereinbarten Ausbildungsvertrag sowohl mit der Ausbildungsstätte als auch mit der Einsatzstelle gibt (*vgl. PiA in Baden-Württemberg*).
- **Lösung II:** Die Studierenden werden erst nach dem ersten Ausbildungsjahr anteilig auf den Personalschlüssel angerechnet.

Problemlage soziale und finanzielle Anerkennung: Der Erzieher*innenberuf leidet unter fehlender Anerkennung, sowohl sozial als auch finanziell. Für junge Abiturient*innen, die gerne im sozialen Bereich arbeiten möchten, gibt es deutlich attraktivere Berufsfelder als zum Beispiel die Berliner Kindertagesstätten.

- **Lösung I:** Berlin steht in der Verantwortung, eine angemessene Bezahlung sicher zu stellen. Die Regelungen des TV-L sind auszuschöpfen: Zulagen müssen die Bezahlung der Erzieher*innen deutlich verbessern und Ungleichgewichte zum TVöD austarieren.
- **Lösung II:** Da Berlin 80 Prozent der vorschulischen Bildung in freie Trägerschaft gegeben hat, fehlt es an Einfluss auf Tarifverträge und Bezahlungen. Durch Regelungen im KitaFöG und in den Rahmenvereinbarungen kann das Land Berlin sichern, dass auch die freien Träger der Jugendhilfe verpflichtet werden, die öffentlichen Mittel für Personalkosten zweckgebunden analog zu den Entgelten im TV-L an die Kolleg*innen weiter zugeben.

- **Lösung III:** Die rot-rot-grüne Landesregierung trägt maßgeblich die Verantwortung, dass die Berufsgruppe der Erzieher*innen eine bessere öffentliche Wertschätzung erfährt. Als Pädagog*innen in den ersten Bildungseinrichtungen der Kinder legen Erzieher*innen die wichtigste Grundlage für selbstständiges, eigenverantwortliches und lebenslanges Lernen. Hier ist es unabdingbar, dass die Aufgaben und Stellungen von Erzieher*innen auch im Berliner Schulgesetz gestärkt werden. Bisher spielen Erzieher*innen im Schulgesetz keine wesentliche Rolle

Lehrkräfte in der Erzieher*innenausbildung

Problemlage Lehrkräftebildungsgesetz: Berlin erkennt Erste Staatsexamina Lehramt und Master of Education aus anderen Bundesländern für den Zugang zum Vorbereitungsdienst in Berlin (nur) an, „wenn sie im jeweiligen Land der Bundesrepublik Deutschland zum Zugang zum Vorbereitungsdienst berechtigen und wenn die Fächer und das jeweilige Lehramt in Berlin ausgebildet werden.“ (§ 14 abs. 1 Lehrkräftebildungsgesetz Berlin). Probleme entstehen vor allem dann, wenn Berlin in bestimmten Fächern im Vorbereitungsdienst (Referendariat) nicht ausbildet. Das betrifft in den Fachschulen für Sozialpädagogik die unter anderem relevanten Fächer Pädagogik und Soziologie.

- **Lösung I:** Berlin nimmt die Fächer Pädagogik und Soziologie als im Lehramt an beruflichen Schulen wählbare Ausbildungsfächer (berufliche Fachrichtungen) in § 4 Abs. 4 der Lehramtzugangsverordnung auf. Parallel dazu richtet Berlin entsprechende Fachseminare für den Vorbereitungsdienst in diesen Fächern bzw. beruflichen Fachrichtungen ein. Die Ausbildung im Vorbereitungsdienst kann dann auch an Fachschulen und Berufsfachschulen stattfinden.
- **Lösung II:** Die Universitäten öffnen diese Fächer für das Lehramtsstudium. Die Senatsverwaltung nimmt die Fächer Pädagogik und Soziologie als berufliche Fachrichtungen in die Lehramtzugangsverordnung auf (Psychologie ist bereits als wählbares allgemeinbildendes Fach für das Lehramt ISS/Gym und das Lehramt berufliche Schule in der Lehramtzugangsverordnung verankert – wird aber bisher nicht lehramtsbezogen an den Berliner Universitäten angeboten).

Verhältnis zwischen Schulen in freier Trägerschaft und staatlichen Schulen

Problemlage Schulen in freier Trägerschaft: Berlin ist durch die Änderung des Schulgesetzes 2004 zum Eldorado von Fachschulen für Sozialpädagogik in freier Trägerschaft geworden. Die staatlichen Schulen werden durch Schulaufsicht und Schulinspektion engmaschig kontrolliert und müssen ein Qualitätsmanagement nachweisen. Die Schulaufsicht der Schulen in freier Trägerschaft dagegen beschränkt sich laut Schulgesetz lediglich auf die Einhaltung der Genehmigungs- und Anerkennungsvoraussetzungen. **Ist die staatliche Anerkennung einmal gewährt, können diese Schulen nahezu unbeobachtet und ungehindert agieren.** Eine Qualitätskontrolle, wie sie die staatlichen Schulen durchlaufen, ist schon deshalb nicht möglich, weil die Schulaufsicht berufliche Schulen in freier Trägerschaft personell ungenügend ausgestattet ist.

- **Lösung:** Berlin behandelt staatliche und freie Schulen vergleichbar. Das bedeutet gleiche Ausbildungsstandards und Bezahlung der Lehrkräfte sowie ein übereinstimmendes Qualitätsmanagement. Dazu gehört auch die Einführung von Schulinspektionen auch an den Schulen in freier Trägerschaft. Letztlich müssen identische Anforderungen an die Schulen gestellt werden, sodass alle Studierenden gleichermaßen auf die Abschlussprüfungen vorbereitet werden.

Fazit

Das Land Berlin benötigt dringend gut ausgebildete Erzieher*innen, um dem steigenden Bedarf an Kitaplätzen und Ganztagsplätzen auch mit entsprechend qualifiziertem Personal gerecht zu werden. Jedoch werden zunehmend Nichtfachkräfte eingestellt. **Ohne ausreichend ausgebildetes Fachpersonal können die qualitativen pädagogischen Standards nicht gehalten werden.** Eine qualitative Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung in Berlin wird es unter den gegenwärtigen Voraussetzungen nicht geben. Die Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms ist so nicht zu gewährleisten. Durch die zunehmende Integration von Quereinsteiger*innen erfahren die Fachkräfte in den Einrichtungen eine zusätzliche Belastung und müssen parallel immer mehr Verantwortung in der pädagogischen Arbeit mit den Kindern und bei der Anleitung und Unterstützung der Nichtfachkräfte übernehmen. **Die gestiegenen Belastungen der Kolleg*innen in den Bildungseinrichtungen führen zu einer deutlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.**

Das Land Berlin ist in Aktionismus verfallen. Beim Handeln der Senatsbildungsverwaltung steht die Steigerung der Ausbildungszahlen im sozialpädagogischen Bereich im Vordergrund. Eine Weiterentwicklung der Qualitätsstandards findet nicht statt. Die benannten Probleme im Bereich der sozialpädagogischen Ausbildung im Land Berlin treffen nicht nur die Studierenden, die unter den schwierigen Bedingungen ausgebildet werden. Auch die Schulen selbst können ihrem Bildungsauftrag nur schwer nachkommen. Hinzu kommt die Gruppe der zum Teil unsicher angestellten Lehrkräfte an freien Schulen. Die Bedingungen haben letztlich negative Auswirkungen auf die gesamte Berliner Bildungslandschaft.

Die GEW BERLIN ist gerne bereit, an der Lösung der beschriebenen Probleme mitzuarbeiten, um den Bildungsstandort Berlin weiterzuentwickeln.

Ein erster Schritt ist der **Erzieher*innen-Krisen-Gipfel**, zu dem die GEW BERLIN u.a. auch das Thema der Erzieher*innenausbildung einbringen wird.